



Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

Explosion der Krankenkassenprämien: Diskussion um eine öffentliche Gesundheitskasse neu lancieren

Die Ankündigung des bedeutenden Aufschlags der Krankenkassenprämien 2010 - von 8,7% auf nationaler Ebene gemäss BAG, in Wirklichkeit aber eher um 13 und 14% und sogar noch deutlich höher, namentlich für junge Erwachsene - bestätigt, dass das schweizerische Gesundheitssystem auf der Intensivstation liegt und dass man sich ernsthaft um seine Genesung kümmern muss. Diese Prämienhöhung kommt umso ungelegener, als sie eine drastische Senkung der Kaufkraft nach sich ziehen und in der Folge eine Verschärfung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise bewirken wird. Dies bestätigt leider die Inkohärenz und Ineffizienz, welche die finanzielle Verwaltung des Gesundheitssystems durch die Krankenkassen auszeichnet. Man muss feststellen, dass die Prämien weiterhin undurchsichtig und willkürlich festgelegt werden, und es sind die Versicherten, welche die ungerechten Folgen zu tragen haben. Die Vorschriften bezüglich Reserven- und Anlagestrategie sind gegenwärtig ungenügend, was den Maximalbetrag der Reserven betrifft, und äusserst lückenhaft bezüglich Finanzanlagen, so dass in diesen Bereichen keinerlei Transparenz herrscht, was die Strategien anbelangt. Niemand weiss, was genau mit dem von den Versicherten einbezahlten Prämiengeld passiert.

Für die SP Schweiz ist die unglaubliche Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Prämien und der Kosten nicht mehr akzeptabel. Es gibt keinen plausiblen Grund, weshalb im selben Kanton für identische Leistungen die Differenz zwischen der tiefsten und der höchsten Prämie je nach Kasse 100 Franken übersteigen kann. Es kann nicht länger toleriert werden, dass die Prämie eine politische, willkürliche Komponente enthält, mit ihr das Marketing finanziert wird oder dass wir uns von Kassen prellen lassen, die illegal die guten Risiken auswählen, oder dass wir die ungleiche Behandlung je nach Kanton bei der Unterstützung von Versicherten mit bescheidenem Einkommen mittragen. Diese Situationen sind nicht länger tolerierbar. Sie sind unter anderem das Ergebnis zweckwidriger struktureller Bedingungen, fehlender Transparenz und einer unangemessenen Verteilung der Ressourcen.

Die versicherten Personen müssen ständig mehr für ihre Krankenversicherung bezahlen, auch wenn sie sich verantwortungsbewusst zum Schutze der eigenen Gesundheit und zur Eindämmung der Kosten verhalten. Sie fühlen sich verlassen und warten, dass der Sozialstaat seine Aufgaben erfüllt. Die Unzufriedenheit hat lange genug gedauert. Mit Bund, 26 Kantonen, über 80 privaten Kassen und der Illusion eines regulierenden Marktes gibt es keinen Piloten mehr... oder zu viele! Das ist nicht akzeptabel, wenn es um öffentliche Gelder geht. Die schweizerische Gesundheitspolitik braucht Kohärenz und eine globale Strategie. Die Unterstützung einer gewissen staatlichen Regulierung des Gesundheitssystems ist zwingend nötig.

Unter diesen Umständen muss die Diskussion über eine öffentliche Kasse wieder in den Vordergrund rücken, denn es ist politisch und sozial nicht länger tolerierbar, dass so viele dunkle Bereiche unser Gesundheitssystem überschatten. Eine strukturelle Reform muss ernsthaft ins Auge gefasst werden, um Transparenz, Kohärenz und Solidarität zu schaffen.

Deshalb wird von der Geschäftsleitung der SP Schweiz verlangt, die Diskussionen über die Einführung über eine transparente und demokratische kontrollierte Gesundheitskasse wieder aufzunehmen. Es ist wichtig, Umsetzungsmodelle aufzuzeigen, eine möglichst breite Allianz zu schaffen, namentlich mit Patientenorganisationen und Organisationen des Gesundheitswesens. Die Resultate sollen bis an der nächsten oder spätestens übernächsten Delegiertenversammlungen präsentiert werden. Dort sollen auch die möglichen nächsten Umsetzungsschritte (parlamentarischer Weg und Volksinitiative), aufgezeigt werden.

Beschluss Parteitag: Angenommen